



öffentlich  nicht öffentlich

Düsseldorf, 14.06.2022

An  
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller  
Vorsitzender des Rates  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD-Ratsfraktion  
zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 23.06.2022**

**Betrifft:**

Antrag der SPD-Ratsfraktion: Tarifverträge für bisher tariflose Tochterunternehmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der SPD-Ratsfraktion bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 23. Juni 2022 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

**Antrag:**

**Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf fordert die Aufsichtsratsmitglieder, folgender 100%iger Töchter der Stadt Düsseldorf auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigten der Betriebe nach dem TVÖD entlohnt werden.**

**Es handelt sich um die:**

- **Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH**
- **Düsseldorf Transfer GmbH**
- **Jugendberufshilfe gGmbH**
- **Kunsthalle Düsseldorf gGmbH**
- **D.Live GmbH & Co.KG**

**Begründung:**

Am 21.06.2021 stellte die SPD-Ratsfraktion eine Anfrage zur Tarifbindung in den Betrieben, in denen die Stadt Düsseldorf mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist.

In der Begründung schrieben wir: „Für die Landeshauptstadt Düsseldorf muss es selbstverständlich sein, dass auch die Beschäftigten in den städtischen Töchtern und Beteiligungen an den hohen Standards eines Tarifvertrages partizipieren“.

Im Februar 2022 wurde eine vertiefende Anfrage, die sich auf die Antwort der Verwaltung aus November 2021 bezog, gestellt.

Die Antworten auf unsere Anfragen haben ergeben, dass die Beschäftigten in den oben genannten Betrieben nicht nach Tarifvertrag bezahlt werden.

Die Beschäftigten dieser städtischen Töchter machen die gleiche Arbeit wie ihre direkt in der Stadtverwaltung arbeitenden Kolleg\*innen. Daher muss der Grundsatz gelten – gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf entsendet aus seiner Mitte Mitglieder in die Aufsichtsräte der städtischen Töchter. Sie sind aufgefordert die Initiative zu ergreifen, dass im nächsten Wirtschaftsplan der Töchter die Gehaltssumme für die Beschäftigten auf dem Niveau einer Bezahlung nach TVÖD eingestellt wird.

Es ist zu prüfen, ob und in welcher Form die LHD zusätzliche Mittel bereitstellen könnte.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner